

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

der Abgeordneten **Jutta Matuschek (LINKE)**

vom 24. Januar 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Januar 2014) und **Antwort**

#### Jugendberufsagentur und Wirtschaft

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welcher Weise ist die Senatsverwaltung für Wirtschaft in den Prozess der Konzeptionierung einer Jugendberufsagentur für Berlin eingebunden?

2. Welche Notwendigkeit der Änderung bestehender Systeme der Übergänge Schule/Ausbildung und Ausbildung /Beruf werden aus der Wirtschaft an die Senatsverwaltung herangetragen bzw. welchen Änderungsbedarf erkennt die Senatsverwaltung für Wirtschaft?

3. Unterstützt die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung die Einrichtung einer Jugendberufsagentur und wenn ja, welche konkreten Verbesserungen zum Status Quo werden davon erwartet?

4. Welche Rolle will die Senatsverwaltung für Wirtschaft beim Aufbau und der Arbeit einer Jugendberufsagentur übernehmen?

5. Welche konkreten Ausgaben will die Wirtschaft im Rahmen einer Jugendberufsagentur übernehmen?

Zu 1., 3., 4. und 5.: Die Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation und Fachkräfteentwicklung“ beim Regierenden Bürgermeister hat im vergangenen Jahr einen Prüfauftrag folgenden Wortlauts erteilt: „Das Land Berlin, die Regionaldirektion Berlin Brandenburg und die Wirtschafts- und Sozialpartner setzen eine Arbeitsgruppe ein, die aufbauend auf den Ansätzen der Bezirke die Einrichtung einer Jugendberufsagentur (JBA) in Berlin prüft und dazu ein Konzept und einen Zeitplan entwickelt. Die Arbeitsgruppe arbeitet ergebnisoffen. Sie erklärt, wie das Konzept einer Jugendberufsagentur ausgestaltet und umgesetzt werden kann und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Sie klärt dabei auch, ob und wie das Landeskonzert Berufsorientierung mit den Aufgaben einer JBA verknüpft werden kann.“ Mit der Installierung eines übergreifenden Verbundsystems der im Übergangsbereich aktiven Ansprechpartner soll eine engmaschigere und effizientere Betreuung der einzelnen Jugendlichen erfolgen. Damit wird die Erwartung verbunden, bereits frühzeitiger Informationen über die Pläne und den Verbleib der einzelnen Jugendlichen nach dem Ende der Schulzeit zu erhalten. Somit könnte denjenigen Jugendlichen, die über keine verbindliche beruf-

liche Anschlussperspektive verfügen, innerhalb dieses Netzwerkes zeitnah eine spezifische Lösung angeboten werden, möglichst mit dem Ziel, dass der Jugendliche zeitnah in eine berufliche und möglichst betriebliche Qualifizierung einmündet.

In Umsetzung dieses Prüfauftrags wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Expertinnen und Experten der für die entsprechenden Beratungs- und Unterstützungssysteme zuständigen Verwaltungen, einberufen. Die Federführung obliegt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Mittlerweile liegt ein Zwischenergebnis dieser Arbeitsgruppe vor. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung ist über ihre Mitgliedschaft im Landesausschuss für Berufsbildung mittelbar in den Planungsprozess eingebunden. Sie begleitet diesen Prozess fachlich und steht den Einrichtungen der Wirtschaft als Ansprechpartner zur Verfügung.

Detailfragen zur konkreten Prozessgestaltung sind dabei noch nicht bearbeitet worden. Über den entsprechenden Mitteleinsatz und die entsprechende Beteiligung der Akteure können keine Aussagen getroffen werden.

Zu 2.: Die Position der Wirtschaft bezüglich der angesprochenen Aspekte kann über die unmittelbare Mitwirkung der entsprechenden Sozialpartner in die konzeptionelle Arbeit der zuständigen Ressorts eingebracht werden. Aus Sicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung wird so die Möglichkeit eröffnet, Probleme einzelner Jugendlicher im Hinblick auf deren Verbleib rechtzeitig erkennen und damit ein entsprechendes zeitnahes Gegensteuern einleiten zu können. Hierfür ist das Zusammenspiel aller Akteure eine wichtige Voraussetzung.

Berlin, den 5. Februar 2014

In Vertretung

Guido B e e r m a n n

.....  
Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Technologie und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Feb. 2014)